



AWO Landesverband S-H e.V. • Sibeliusweg 4 • 24109 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Arbeiterwohlfahrt
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Michael Selck
Vorstandsvorsitzender

Sibeliusweg 4
24109 Kiel
Tel: 0431 5114-0
Fax: 0431 5114 -119
E-Mail: michael.selck@awo-sh.de

Ihre Zeichen / Ihr Schreiben vom

Unsere Zeichen
Se-kl-tn

Durchwahl

Datum
07.07.2025

Schriftliche Anhörung des Arbeiterwohlfahrt Landesverbandes SH e.V. und seiner Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus

- zum Antrag der SPD „Für eine Schulkultur gegen Rechtsextremismus – Handlungsempfehlungen für Schulen“ (Drucksache 20/3059)
- zum Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 20/3039)

Sehr geehrter Herr Habersaat,
sehr geehrte Mitglieder des Bildungsausschusses,

wir bedanken uns für die Möglichkeit Stellung zu den im Betreff genannten Anträgen nehmen zu dürfen und die Verlängerung der Frist.

Der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Schleswig-Holstein e.V. begrüßt das klare Engagement der Landesregierung und aller Fraktionen im Landtag Schleswig-Holstein, Schulen als zentrale Orte der Demokratiebildung und des Schutzes vor Rechtsextremismus zu stärken. Sowohl der Antrag der SPD als auch der Alternativantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen setzen wichtige Impulse, um eine Schulkultur zu fördern, in der antidemokratische, menschenfeindliche und rechtsextreme Haltungen keinen Platz haben.

Der Arbeiterwohlfahrt Landesverband SH e.V. ist als Träger der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein (RBT) tätig. Die RBT beraten Menschen und Institutionen im Land, die Informationen zum Thema Rechtsextremismus oder Unterstützung im Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit wie Rassismus und Antisemitismus suchen. Die RBT bieten vertrauliche, professionelle und kostenlose Beratung sowie vielfältige Fortbildungen und Workshops für unterschiedliche Zielgruppen an. Die Teams sind in Kiel, Lübeck, Flensburg und Itzehoe vertreten und unterstützen Schulen, Kommunen, Vereine, Eltern und viele weitere Akteur*innen. Im Mittelpunkt steht die Stärkung demokratischer Kultur und menschenrechtsorientierter Zivilgesellschaft durch Sensibilisierung, Qualifizierung und Vernetzung.

Die RBT beobachten aktuell, dass rechtsextreme Einstellungen und Symbole unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen wieder an Attraktivität gewinnen. Rechtsextremismus passt sich an aktuelle Jugendkulturen an: Symbole und Gesten wie das „White Power“-Handzeichen werden in sozialen Medien und im Alltag zunehmend als „cool“ wahrgenommen und nachgeahmt. Rechtsextreme Argumentationsmuster und Influencer*innen finden in Teilen der Schüler*innenschaft Zuspruch. Diese Entwicklung zeigt, dass Rechtsextremismus keineswegs ein Randphänomen ist, sondern in der Lebenswelt junger Menschen präsent ist.

Der diesjährige Vorfall im Musikzirkus Dithmarschen, bei dem Jugendliche rechtsradikale Gesten zeigten (NDR Panorama 3), verdeutlicht wie weit verbreitet diese Zeichen bei Jugendlichen sind und zeigt die Notwendigkeit über rechte Symbolik aufzuklären und Handlungssicherheit an Schulen zu schaffen.

Aus der Beratungspraxis der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus wissen wir außerdem, dass der **Bedarf an klaren, praxisorientierten Leitlinien für Schulen groß** ist. Die steigende Zahl rechtsextremer Vorfälle und die hohe Dunkelziffer verdeutlichen, dass verbindliche Meldewege und Handlungssicherheit für alle schulischen Akteur*innen dringend notwendig sind.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass es in Schulen häufig an Klarheit im Umgang mit rechtsextremen Haltungen fehlt. Unsicherheiten entstehen insbesondere durch die Debatte um das sogenannte Neutralitätsgebot. Die Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus werden um Unterstützung angefragt, wie sich Schulen wirksam und selbstverständlich gegen Rechtsextremismus positionieren können.

1. Beteiligung aller relevanten Akteur*innen

Wir unterstützen die Forderung, neben den Schulen auch spezialisierte Beratungsstellen, wie zebra e.V. – Zentrum für Betroffene rechter Gewalt – einzubeziehen, um die Perspektive von Betroffenen in die Entwicklung des Leitfadens einzubringen. Ebenso ist die Einbindung von Schulsozialarbeit, Lehrkräften, Schulleitungen, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), des advsh e.V. sowie weiterer Gremien essenziell, um praxisnahe und wirksame Empfehlungen zu gewährleisten.

2. Demokratisches Schulklima fördern

Beide Anträge betonen die Bedeutung einer Schulkultur, die demokratische Werte, Vielfalt, Toleranz und Respekt aktiv lebt. Die Arbeiterwohlfahrt sieht hierin eine zentrale Voraussetzung, um Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wirksam entgegenzutreten.

3. Flexibilität und Anpassung an schulische Gegebenheiten

Es ist wichtig, dass Leitfäden und Materialien flexibel an die jeweiligen schulischen Rahmenbedingungen angepasst werden können. Best-Practice-Beispiele und konkrete Handlungsempfehlungen erleichtern die Umsetzung im Schulalltag. Viele Broschüren und Materialien benötigen eine beständige Aktualisierung im Hinblick auf neue Erscheinungsformen im Rechtsextremismus.

4. Spezifische Hinweise zum SPD-Antrag

Wir unterstützen die klare Fokussierung des SPD-Antrags auf Rechtsextremismus. Dies ermöglicht eine gezielte Auseinandersetzung mit den spezifischen Herausforderungen und Symboliken, die in Schulen zunehmend präsent sind.

Die Einführung verbindlicher Meldepflichten für rechtsextreme Vorfälle an Schulen ist ein wichtiger Schritt, um die Dunkelziffer zu reduzieren und eine transparente Handhabung zu gewährleisten. Die Zusammensetzung eines Gremiums aus relevanten Akteur*innen (u.a. Zebra, Schulsozialarbeit, GEW, advsh e.V., Schulleiterrunde) sollte klar definiert und institutionell verankert werden.

5. Spezifische Hinweise zum CDU/Grünen-Alternativantrag

Der Alternativantrag erweitert die Betrachtung auf weitere Formen extremistischen Gedankenguts, darunter religiös begründeter Extremismus und Linksextremismus. Die Arbeiterwohlfahrt sieht jedoch die Notwendigkeit Rechtsextremismus als besonders dringliches Problemfeld klar herauszustellen. Eine Vermischung der Phänomenbereiche ist allerdings weder in der Prävention noch in der Intervention hilfreich.

Die im Antrag aufgeführten bereits ergriffenen Maßnahmen, wie die Änderung des Schulgesetzes, die Integration von Demokratiebildung in die Fachanforderungen und die Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, sind wichtige Bausteine.

Wir unterstützen die Forderung, diese Angebote kontinuierlich weiterzuentwickeln und an aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen, etwa den Einfluss sozialer Medien, anzupassen.

Die Fortsetzung und der Ausbau ressortübergreifender Austauschformate mit Akteur*innen wie dem Landesdemokratiezentrum, dem Landesbeauftragten für politische Bildung und den Regionalen Beratungsteams sind aus unserer Sicht sehr sinnvoll und fördern eine ganzheitliche Präventionsarbeit.

Aus der Sicht des Arbeiterwohlfahrt Landesverbandes SH e.V. und seiner Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus wären eine Umsetzung folgender Punkte wünschenswert:

Klare Abgrenzung des Leitfadens auf Rechtsextremismus

Um die Wirksamkeit zu erhöhen, sollte der Leitfaden sich primär auf Rechtsextremismus konzentrieren und nicht alle Formen von Extremismus vermischen.

Verpflichtende Meldung und Transparenz

Einführung verbindlicher Meldewege für rechtsextreme Vorfälle an Schulen, begleitet von einer transparenten Dokumentation und Auswertung.

Partizipative Entwicklung

Einbeziehung aller relevanten Akteur*innen, insbesondere Betroffenenvertretungen wie Zebra e.V., advsh e.V., Lehrkräften, Schulleitungen und Schulsozialarbeit, um den Leitfaden praxisnah und wirksam zu gestalten.

Fortbildung und Begleitung

Begleitende Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und Schulpersonal sind unerlässlich, um Handlungskompetenzen zu stärken und Unsicherheiten abzubauen.

Monitoring und Evaluation

Regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen und Anpassung an aktuelle Entwicklungen.

Der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Schleswig-Holstein e.V. begrüßt ausdrücklich das Bestreben der Landesregierung sowie der Landtagsfraktionen, Schulen als zentrale Orte der Demokratiebildung zu stärken und sie wirksam gegen rechtsextreme Tendenzen zu schützen.

Wir befürworten die Entwicklung eines praxisorientierten und verbindlichen Leitfadens zum Umgang mit Rechtsextremismus an Schulen sowie die Weiterentwicklung bereits bestehender Maßnahmen. Aus unserer Sicht ist insbesondere die konsequente Einbindung aller relevanten Akteur*innen sowie die klare inhaltliche Fokussierung auf Rechtsextremismus von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige Wirkung.

Als anerkannter Träger mit langjähriger Erfahrung in der Jugend-, Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit stehen wir bereit, unsere fachliche Expertise beratend in den Prozess einzubringen. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit allen Beteiligten eine demokratische, vielfältige und sichere Schulkultur in Schleswig-Holstein zu fördern und zu stärken.

Bei Fragen dazu stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Selck
Vorstandsvorsitzender